

Text

801 Sozial-ökologische Marktwirtschaft

802 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von
803 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.

804 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer
805 sozial-
806 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als
807 Mittel zur
808 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen
809 nutzt.

810 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer
811 Green Deal.
812 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges
813 Wirtschaften,
814 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die
815 Zukunft. Er
816 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen
817 Ausgleich und
818 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.

819 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen
820 Wettbewerbs
821 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt
822 und innovative
823 Problemlösungen schaffen.

824 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz,
825 Innovation und
826 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind
827 unverzichtbar, um die
828 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte
829 Märkte aber
830 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen
831 sicher, dass
832 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.

833 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir
834 wollen es
835 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen
836 Staat und
837 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter
838 öffentlicher
839 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer
840 übergeordnete
841 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

842 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der
843 Märkte nicht
844 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können
845 sich dann
846 durchsetzen.

847 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß
848 und einer
849 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben
850 ökonomischen auch
851 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die
852 zum größten
853 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum,
854 nämlich auch
855 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.

856 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des
857 Teilens, frei
858 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

859 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche
860 Wirtschafts-,
861 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich
862 stattfinden. Um
863 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte
864 Infrastruktur,
865 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende
866 öffentliche
867 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch
868 schnellere
869 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit
870 ausreichendem
871 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

872 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und
873 Institutionen
874 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des
875 Rechts, der
876 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und
877 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und
878 die kommunale
879 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und
880 Wettbewerb
881 ausgenommen bleiben.

882 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

883 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass
884 Märkte
885 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es
886 ist Aufgabe
887 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

888 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem
889 Wettbewerb.

890 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von
891 Unternehmensbeteiligungen,
892 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge
893 durch und an

894 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen.

895 Außereuropäische
896 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische
897 Infrastruktur und
898 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

899 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und
900 Unternehmen

901 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist
902 laufend zu

903 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete
904 politische Regeln

905 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen
906 müssen so

907 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum
908 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen
909 stattdessen

910 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

911 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und
912 Vermitteln

913 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann
914 die Teilhabe

915 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden,
916 damit sie

917 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und
918 Arbeitsbedingungen

919 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa
920 braucht es

921 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

922 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu
923 setzen.

924 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position
925 als globaler

926 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu
927 braucht es eine

928 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade
929 da, wo der

930 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in
931 Forschung

932 investieren und Arbeitsplätze sichern.

933 (106) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem
934 wirtschaftlich

935 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des
936 Unternehmens zu

937 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
938 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll
939 mit
940 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen,
941 ökologischen und
942 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

943 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die
944 vollständige
945 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie
946 und
947 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den
948 vergangenen
949 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den
950 Herausforderungen des 21.
951 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen,
952 was sie –
953 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre
954 Kreativität,
955 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und
956 globale
957 Orientierung.

958 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union
959 mit dem
960 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
961 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu
962 bleiben, sich
963 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch
964 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

965 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben.
966 In einem
967 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,
968 Digitalisierung,
969 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer
970 Rahmensetzung sind die
971 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien
972 weiter in
973 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
974 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

975 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und
976 Erfindungen
977 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante
978 Produkte wie
979 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die
980 Regionalisierung in
981 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt
982 allein kann
983 das nicht richten.

984 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer*innen in Start-ups sind die
985 Treiber*innen für
986 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und
987 Investitionen
988 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und
989 kleine
990 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung,
991 beim Transfer
992 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive
993 Rahmenbedingungen, um die
994 besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

995 **Eigentum und Gemeinwohl**

996 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine
997 sozial-
998 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es
999 gesellschaftlich,
1000 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie
1001 und
1002 Marktwirtschaft bedroht.

1003 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen
1004 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein
1005 sowie Grund
1006 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches
1007 Eigentum
1008 überführt werden.

1009 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine
1010 stärkere
1011 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere
1012 Wirtschaft zu
1013 einer Gemeinwohlökonomie weiterentwickeln.

1014 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne
1015 Kosten
1016 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und
1017 Gerechtigkeit.
1018 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist,
1019 um
1020 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie
1021 möglich soll
1022 Menschheitswissen werden.

1023 **Finanzmärkte und Banken**

1024 (116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche
1025 Investitionen zu
1026 finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die
1027 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven

1028 Finanzprodukten zum
1029 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum
1030 sogenannten
1031 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und
1032 nicht
1033 kurzfristige Spekulation.

1034 (117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu
1035 groß, werden
1036 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze
1037 Volkswirtschaft
1038 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel
1039 jederzeit
1040 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und
1041 wirksame
1042 Haftungsregeln.

1043 (118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,
1044 lokalen
1045 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne
1046 Lücken, die
1047 für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von
1048 denen keine
1049 Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und
1050 überwacht
1051 werden wie systemrelevante Großbanken.

1052 (119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn
1053 Anlagegelder in
1054 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile
1055 Wirtschaft
1056 fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus
1057 Investitionen in
1058 fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit
1059 transparent sein,
1060 worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in
1061 Klimaschutz und
1062 Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere
1063 Zwecke.

1064 Geld- und Fiskalpolitik

1065 (120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,
1066 ökonomischen
1067 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und
1068 können
1069 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

1070 (121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung
1071 der
1072 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen
1073 Beitrag

1074 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche
1075 Krisen zu
1076 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die
1077 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als
1078 auch auf
1079 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben
1080 zu nutzen und
1081 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden.
1082 Langfristige
1083 Schuldentragfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf
1084 die
1085 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

1086 (122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen
1087 Europa bei.
1088 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So
1089 verschärfen sich
1090 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und
1091 Handel, ohne
1092 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische
1093 Währungsunion
1094 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu
1095 bringen.

1096 (123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und
1097 Fiskalpolitik. Sie
1098 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren
1099 und in
1100 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser
1101 Haushalt
1102 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu
1103 finanzieren und
1104 schwere Konjunkturerbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser
1105 Haushalt auch über
1106 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der
1107 Europäischen
1108 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
1109 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

1110 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie
1111 gilt es zu
1112 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das
1113 Ziel der
1114 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte
1115 die EZB, wie
1116 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlfahrtsmehrung
1117 und eines
1118 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank
1119 gesichert
1120 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die
1121 Liquidität der
1122 Staaten garantiert.

1123 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und
1124 Vergemeinschaftung von
1125 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von
1126 Unternehmensgewinnen.
1127 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt
1128 werden. Im Fall
1129 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion
1130 müssen die
1131 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben,
1132 etwa den
1133 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau
1134 aufzuerlegen.

1135 **Haushalts- und Steuerpolitik**

1136 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam
1137 umzugehen und
1138 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf
1139 effizientem Weg
1140 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar,
1141 transparent
1142 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt
1143 unerlässlich.

1144 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen
1145 Regeln für
1146 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die
1147 Verbindlichkeiten zu
1148 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und
1149 auszubauen.
1150 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die
1151 Handlungsspielräume künftiger
1152 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an
1153 der
1154 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und
1155 die
1156 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll
1157 und
1158 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

1159 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften
1160 kommen nur
1161 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
1162 Steuerzahler*innen ergeben.

1163 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
1164 Es braucht
1165 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist
1166 Grundlage für
1167 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

- 1168 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt
1169 neue
1170 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose
1171 Einkommen. Das
1172 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen
1173 muss wieder
1174 erhöht werden.
- 1175 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden.
1176 Nicht am
1177 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen
1178 stärker
1179 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau
1180 und soziales
1181 Engagement begünstigt.
- 1182 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale
1183 Umsätze
1184 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
1185 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.
- 1186 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen.
1187 Dafür braucht
1188 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der
1189 Lage ist,
1190 das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit,
1191 Geldwäsche und
1192 Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.